

tik des Imperialismus gegenüber den Entwicklungsländern ganz entscheidende Säulen seines Profitstrebens darstellen, sind sie - wie bereits erwähnt - nicht die einzigen. Anhand solcher Beispiele wie der billigen Lohnarbeit und dem „Technologietransfer“ soll das verdeutlicht werden.

Neben den geringen Lohnkosten — so verdient ein Arbeiter eines entwickelten kapitalistischen Staates für die gleiche Tätigkeit ein Vielfaches dessen, was ein Arbeiter eines Entwicklungslandes beispielsweise von der Tochtergesellschaft eines Konzerns erhält - sind auch solche Profitmotive für die transnationalen Konzerne von Bedeutung wie Sicherung von Auslandsmärkten, Umgehung von Umweltauflagen, Sicherung von Rohstoffquellen, Einsparung von Transportkosten und andere.

Der auf der Konzentration von Wissenschaft und Technik sowie Forschung und Entwicklung in den Zentren des Monopolkapitals basierende „Technologietransfer“ stellt ein besonders wirksames Instrument neokolonialer Ausbeutung dar. Transnationale Konzerne und imperialistische Staaten sind deren Hauptträger und schaffen die Grundlagen für einen dauerhaften Ressourcenabfluß durch Profittransfer und konzerninterne Transferpreise.

So werden zum Beispiel vorrangig solche Technologien an Entwicklungsländer verkauft, die zuvor in den imperialistischen Staaten eingesetzt wurden. Oftmals verkaufen auch Muttergesellschaften Halbfabrikate zu wesentlich überhöhten Preisen an ihre Auslandsgesellschaften und sichern sich somit hohe Profitrückflüsse. Auf diese Art und Weise ergab sich beispielsweise beim Import von 13 pharmazeutischen Halbfabrikaten in Mexiko, daß nur ein Produkt zu dem Preis geliefert wurde, der dem Weltmarktpreis entsprach. Bei vier Erzeugnissen ging die Überpreiskarte bis zu 100 Prozent, bei fünf von 100 bis 1000 Prozent, und bei

den übrigen lag sie sogar über 1000 Prozent des Weltmarktpreises.

Ein bezeichnendes Licht auf das Ausmaß neokolonialen Profitstrebens wirft auch die Tatsache, daß die Entwicklungsländer für den Erwerb von Technologien in Form von Patenten, Produktions-Know-how, Handelsmarken und technische Dienste jährliche Zahlungen leisten müssen, die sogar den Umfang kapitalistischer „Entwicklungshilfe“ übertreffen. So zahlen die Entwicklungsländer gegenwärtig etwa 30 bis 50 Milliarden Dollar pro Jahr für Technologieimporte, während die „Entwicklungshilfe“ aller imperialistischen Staaten im Jahre 1985 29,5 Milliarden Dollar betrug. Alle diese Beispiele zeigen, daß der Imperialismus eine neue Offensive gegen die Unabhängigkeit, Freiheit, ökonomische und

Uneigennützige Hilfe der sozialistischen Staaten

So erstreckten sich die Hilfsleistungen der DDR im Jahre 1985 auf 87 Entwicklungsländer.

Hauptempfänger waren solche Staaten wie Angola, Äthiopien, Mozambique oder die VDR Jemen. 1985 wurden aus diesen Ländern 10 973 Kader in die berufliche Ausbildung und Qualifizierung sowie 2615 Kader in die Hoch- und Fachschulausbildung in der DDR neu aufgenommen.

Für uns, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten, sind derartige kapitalistische Praktiken gegenüber den Entwicklungsländern wie rigorose Ausplünderung, maßloser Raubbau, die Verflechtung von ökonomischer Unterstützung und politischen Forderungen oder „brain drain“ - Kaderraub - Fremdwörter. Die mit sozialistischer Hilfe errichteten Betriebe gehen ohne restriktive Auflagen in das Eigentum des betreffenden Entwicklungslandes über. Diesem qualitativ neuen Typ zwischenstaatlicher Beziehungen und dessen Prinzipien der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit und

damit soziale Lage der Entwicklungsländer gestartet hat und so versucht, die bedeutenden Ergebnisse des nationalen, antiimperialistischen Befreiungskampfes rückgängig zu machen.

Die Entwicklungsländer verstärken ihre Anstrengungen gegen diese kapitalistischen Praktiken. Immer weniger sind sie bereit, die horrenden Zinsen in Milliardenhöhe zu bezahlen. Vielmehr fordern sie eine solche Neuordnung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, die auch ihnen Chancen der Entwicklung der eigenen Wirtschaft und Gesellschaft bieten.

Im Gegensatz zu der aggressiven, auf Profit und Weltherrschaftsstreben ausgerichteten Politik des Imperialismus leisten die DDR und die anderen sozialistischen Staaten den Entwicklungsländern echte Hilfe.

Gleichberechtigung liegt das Bestreben zugrunde, die Zusammenarbeit auf der Grundlage langfristiger Regierungsabkommen zu gestalten.

Gegenwärtig bestehen mit 63 Entwicklungsländern Wirtschaftsabkommen, darunter 26 Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit sowie 29 Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Darüber hinaus bewähren sich gemeinsame Wirtschaftsausschüsse (zur Zeit mit 15 Ländern) sowie gemischte Kommissionen (mit über 20 Ländern auf Regierungsebene).

Damit leisten die Länder aus der Welt des Sozialismus einen wichtigen Beitrag, um eine globale und gerechte Lösung der wichtigsten internationalen Wirtschaftsprobleme und die Schaffung eines Systems der ökonomischen Sicherheit aller Staaten herbeizuführen.

Dr. Thomas Friedländer
Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft der DDR